



Außenwirtschaft aktuell

05/2026

Veranstaltungen und Unternehmerreisen	4
Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan.....	4
Webinar der EU-Kommission zu CBAM.....	4
Webinar: Kanada und Niedersachsen.....	4
Webinar: Polen als Partner für Wachstum und Nearshoring	5
Webinar: Das EU-MERCOSUR-Abkommen verstehen	5
IHK-Veranstaltung zu KI und Digitalisierung in der Außenwirtschaft	5
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	6
Deutschland: Angabe der Steuer-ID bei Beantragung zollrechtlicher Bewilligungen	6
EU: CBAM-Preise festgelegt	6
EU: Parlament billigt APS-Reform	6
EU: Rechtlicher Rahmen und Einordnung von E-Rechnungen	7
EU: Trilogieeinigung zu Erleichterungen bei Arbeitnehmerentsendungen	7
EU: Verhandlungsdurchbruch mit Australien	7
EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026.....	7
EU: Weitere Russland-Sanktionen beschlossen	8
EU: Wiederaufnahme des Kooperationsabkommens mit Syrien	8
Japan: Vertiefter Dialog mit der EU zur Verteidigungsindustrie	8
Mercosur: Einfuhr in die EU mit Ursprungszeugnis	8
Norwegen: Pflanzengesundheitszeugnisse bei der Einfuhr.....	9
PEM-Zone: Aktualisierte Zollinformationen zum Ende des Übergangszeitraums	9
Tunesien: Zentralbank schränkt Finanzierung bestimmter Importe ein	9
Vietnam: Beitritt zum WTO ITA II-Abkommen	10
Ländernotizen	10
China: Schlüsselmarkt für die Kunststoff- und Gummimaschinenindustrie	10
Indien: Ausbau der Infrastruktur im Golf von Bengalen	11
Frankreich: Bürokratieabbau schreitet voran	11
Niederlande: Folgen des Nahost-Krieges für die Wirtschaft	11
Ukraine: Deutschland als Schlüsselpartner im Außenhandel	11
Ungarn: Unternehmen hoffen auf Reformen	12
Usbekistan: Milliardeninvestitionen treiben Chemiesektor voran.....	12
Veröffentlichungen	12
Impulspapier zur Wirtschaftssicherheit	12
DIHK-Sonderauswertung zu Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen	13
DIHK-Sonderauswertung zum Nahost-Konflikt	13

Verschiedenes

13

EU-Kommission will technologische Innovation im Verteidigungsbereich fördern.....13

Impressum

14

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisiert **vom 5. bis 10. Oktober 2026** eine **Delegationsreise zum Thema Fachkräftegewinnung nach Usbekistan**. Die Reise richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die sich strategisch mit der Rekrutierung und Entwicklung internationaler Talente befassen möchten. Usbekistan ist das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens und verfolgt seit einigen Jahren einen wirtschaftlichen Öffnungs- und Modernisierungskurs. Politische Stabilität, eine junge Bevölkerung und umfangreiche Reformen machen das Land zunehmend attraktiv für internationale Investoren und Kooperationspartner. Zudem fördert die Regierung in Taschkent die strukturierte und sozial abgesicherte Entsendung von Fachkräften ins Ausland und unterstützen Interessierte gezielt durch Sprach- und Bildungsangebote. Besonders hervorzuheben ist das große Interesse an der deutschen Sprache – rund 400.000 Menschen in Usbekistan lernen derzeit Deutsch, mehr als in jedem anderen asiatischen Land. Zusätzliche Impulse erhält diese Entwicklung durch eine im September 2024 vereinbarte deutsch-usbekische Migrations- und Mobilitätspartnerschaft, die die Beschäftigung usbekischer Fachkräfte und Auszubildender in Deutschland weiter erleichtert. Weitere Informationen zu der Reise finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

Webinar der EU-Kommission zu CBAM

Am 7. Mai 2026 von 13:30 bis 15:00 Uhr organisiert die Europäische Kommission ein CBAM-Webinar. Die Teilnahme an dem englischsprachigen Webinar “Carbon Border Adjustment Mechanism: How to make decarbonisation efforts pay off - Taxation and Customs Union” ist kostenfrei. [Anmeldungen](#) werden bis zum 5. Mai 2026 entgegengenommen.

Webinar: Kanada und Niedersachsen

Kanada und Niedersachsen stehen für Innovationskraft, Offenheit und eine starke industrielle Basis. Besonders in Zukunftsbranchen wie der Automobilwirtschaft, den Erneuerbaren Energien, Wasserstoff, Digitalisierung sowie in der Agrar- und Ernährungswirtschaft ergeben sich vielfältige Chancen für Kooperationen und neue Geschäftsmodelle. Ein kostenfreies Webinar **am 11. Mai 2026 von 14:30 bis 16:30 Uhr** beleuchtet aktuelle Marktentwicklungen, strategische Perspektiven und Unterstützungsangebote für den Einstieg oder Ausbau des Kanada-Geschäfts. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite](#) der IHK Lüneburg-Wolfsburg.

Webinar: Polen als Partner für Wachstum und Nearshoring

Polen zählt zu den dynamischsten Volkswirtschaften Europas. Seine zentrale Lage in Europa, die EU-Mitgliedschaft, eine gut ausgebaute Infrastruktur sowie qualifizierte Fachkräfte machen das Land besonders attraktiv für Industrie-, Maschinenbau-, Automobil- und Zulieferunternehmen. Für Unternehmen aus Niedersachsen eröffnen sich daraus konkrete Chancen im Absatz, in der Beschaffung sowie bei Kooperationen und Investitionen. Das kostenfreie Webinar **am 18. Mai 2026 von 10:00 bis 11:30 Uhr** gibt einen kompakten Überblick über wirtschaftliche Entwicklungen, Marktchancen und Einstiegsmöglichkeiten in Polen. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der [Webseite](#) der IHK Lüneburg-Wolfsburg.

Webinar: Das EU-MERCOSUR-Abkommen verstehen

Das kostenfreie Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) **am 20. Mai 2026 von 14:00 bis 15:00 Uhr** konzentriert sich auf Rechts- und Zollfragen im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens. Erläutert werden unter anderem der Zollabbau, die Ursprungsregeln sowie der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse. Auf der Rechtsseite werden Themen wie Investitionen, geistiges Eigentum, Dienstleistungen und öffentliches Auftragswesen behandelt. Weitere Informationen und eine Anmeldemöglichkeit finden Sie bei [GTAI](#).

IHK-Veranstaltung zu KI und Digitalisierung in der Außenwirtschaft

Wie können speziell kleine und mittlere Unternehmen Nachhaltigkeits-, Zoll- und Handelsvorgaben meistern – ohne den Überblick zu verlieren? Genau diese Frage steht im Mittelpunkt der Veranstaltung **am 11. Juni 2026 von 09:30 bis 15:30 Uhr** im Kulturzentrum PFL in Oldenburg. Das kompakte Fachforum der IHK für Ostfriesland und Papenburg und der Oldenburgischen IHK zeigt praxisnah, wie digitale Lösungen Unternehmen dabei unterstützen, komplexe gesetzliche Anforderungen effizient und rechtssicher umzusetzen. Im Fokus stehen unter anderem das Lieferkettengesetz (LkSG), der europäische CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), digitale Bescheinigungen sowie aktuelle Zoll- und Exportbestimmungen. Die Veranstaltung richtet sich an Entscheider und Fachverantwortliche, die Digitalisierung gezielt nutzen wollen, um Compliance- und Zollanforderungen souverän zu bewältigen. Weitere Informationen zu den Ausstellern und Partnern des Forums, das Programm sowie eine Anmeldemöglichkeit (bis zum 22. Mai 2026) finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#) der ausrichteten IHKs. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, setzt jedoch eine Anmeldung voraus.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Deutschland: Angabe der Steuer-ID bei Beantragung zollrechtlicher Bewilligungen

Die Generalzolldirektion (GZD) hat mitgeteilt, dass zukünftig die Steuer-ID im Fragebogen für zollrechtliche Bewilligungen abgefragt wird. Gemäß Artikel 39 Buchstabe a) Unionszollkodex (UZK) gilt als Bewilligungskriterium, dass der Antragsteller keine schwerwiegenden oder wiederholten Verstöße gegen die zoll- oder steuerrechtlichen Vorschriften im Rahmen seiner Wirtschaftstätigkeit begangen haben darf. Die Abfrage der Steuer-ID erfolgt datenschutzkonform, die Zulässigkeit der Abfrage wurde höchstrichterlich bewilligt. Weitere Informationen stellt die GZD auf ihrer [Website](#) sowie in einem [Merkblatt](#) zur Verfügung.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: CBAM-Preise festgelegt

Am 7. April 2026 hat die Europäische Kommission den ersten [Quartalsdurchschnittspreis der CBAM-Zertifikate für Q1/2026](#) mit einem Wert von 75,36 Euro pro Tonne veröffentlicht. Jeder vierteljährliche Preis im Jahr 2026 gilt für den Verkauf von CBAM-Zertifikaten, die den Emissionen von CBAM-Waren entsprechen, welche in diesem Quartal in die Union eingeführt wurden. Ab 2027 werden wöchentliche Preise berechnet und veröffentlicht.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Parlament billigt APS-Reform

Am 28. April 2026 verabschiedete das Europäische Parlament die [überarbeitete Verordnung über das Allgemeine Präferenzsystem \(APS\)](#). Die aktualisierten Vorschriften ermöglichen es besonders benachteiligten Entwicklungsländern, Waren zu niedrigen oder gar keinen Zöllen in die EU zu exportieren. Mehrere internationale Menschenrechts- und Umweltkonventionen wurden in die Liste der internationalen Verträge aufgenommen, die die teilnehmenden Länder ratifizieren müssen, um Handelspräferenzen nutzen zu können. Zudem wurde eine Reihe strengerer Kriterien vereinbart, die erfüllt sein müssen, bevor APS-Ländern ihre Präferenzzölle entzogen werden, falls sie bei der Rückübernahme irregulärer Migranten nicht kooperieren. Zu diesen Kriterien gehören ein längeres Bewertungsverfahren und eine obligatorische Zusammenarbeit von mindestens zwölf Monaten mit den betroffenen Ländern. Für die am wenigsten entwickelten Länder wird es zudem eine zweijährige Aufschiebung bei der Anwendung der Rückübernahmekonditionalität geben.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Rechtlicher Rahmen und Einordnung von E-Rechnungen

Die E-Rechnung wird aktuell von den EU-Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene eingeführt – jedoch unterschiedlich umgesetzt. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen stehen daher vor der Frage, welche Pflichten tatsächlich gelten, ob bestehende E-Rechnungslösungen aus Deutschland ausreichen und wann Handlungsbedarf entsteht. Die Industrie- und Handelskammern in NRW bieten eine [praxisorientierte Übersicht zur elektronischen Rechnungsstellung](#) im EU-Geschäft.

Quelle: IHK NRW

EU: Trilogieeinigung zu Erleichterungen bei Arbeitnehmerentsendungen

Ein langer überfälliger Schritt zur Entbürokratisierung grenzüberschreitender Arbeit in Europa steht kurz vor dem Abschluss: Rat und Europäisches Parlament haben sich auf zentrale Elemente einer Reform der Koordinierung der sozialen Sicherheitssysteme geeinigt. Im Mittelpunkt stehen deutliche Vereinfachungen bei der Arbeitnehmerentsendung, die aus Unternehmenssicht einen echten Fortschritt darstellen. Kern der Einigung ist die Abschaffung der A1-Bescheinigung bei Dienst- und Geschäftsreisen. Beschäftigte sollen künftig bei kurzfristigen Tätigkeiten im EU-Ausland kein A1-Formular mehr mitführen müssen. Darüber hinaus sind umfassende Ausnahmen für kurze Entsendungen vorgesehen: Bei Einsätzen von bis zu drei Tagen innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen entfällt die A1-Pflicht ebenfalls – branchenübergreifend, mit Ausnahme des Bausektors. Details hat die DIHK in einem [Online-Artikel](#) zusammengestellt.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

EU: Verhandlungsdurchbruch mit Australien

Die Europäische Union und Australien haben am 24. März 2026 die [Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen abgeschlossen](#). Das Abkommen wird über 99 Prozent der Zölle auf EU-Exporte nach Australien abschaffen. Die Europäische Kommission rechnet mit bis zu einer Milliarde Euro an jährlichen Zollersparnissen für EU-Exporteure sowie mit einem Anstieg der jährlichen EU-Exporte um 33 Prozent im Laufe des nächsten Jahrzehnts.

Quelle: EU-Kommission

EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026

Ab dem 1. Juni 2026 stellt die EU gemeinsam mit der Schweiz, Norwegen und dem Vereinigten Königreich auf volldigitale Carnets um. Neue Carnets für diese Länder werden dann ausschließlich in elektronischer Form ausgestellt. Die Abfertigung bei den Zollstellen erfolgt über einen QR-Code, der das bisherige Zusammenspiel aus Papierdokument und Stempel ersetzt. Die rechtliche Grundlage für Carnets, der Verwendungszweck und die Nämlichkeitssicherung durch den Zoll hingegen bleiben unverändert – lediglich das Trägermedium (App statt Papierheft) und die Abfertigungsmodalitäten (QR-Code statt Stempel) ändern sich. Für Anwender bringt das volldigitale Carnet wesentliche Vorteile mit sich. So steht das Dokument deutlich schneller zur Verfügung, da es unkompliziert über eine mobile App heruntergeladen werden kann. Gleichzeitig besteht kein Risiko mehr, wichtige Dokumente zu verlieren, da diese nun digital gespeichert sind und nicht mehr physisch mitgeführt werden müssen. Zudem ermöglicht die digitale Lösung eine schnellere Abwicklung an den

Grenzzollstellen. Unternehmen, die das Carnet-Verfahren nutzen, sollten sich frühzeitig mit den neuen digitalen Abläufen vertraut machen. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg hat hierzu umfassende Informationen sowie konkrete Handlungsempfehlungen für Unternehmen auf ihrer [Internetseite](#) zusammengestellt.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

EU: Weitere Russland-Sanktionen beschlossen

Mit dem [20. Sanktionspaket](#) vom 23. April 2026 erhöht die EU den Druck auf Russland deutlich. Neue Maßnahmen betreffen insbesondere Energie, den Finanzsektor sowie den militärisch-industriellen Bereich. Dabei werden Export- und Importverbote ausgeweitet, unter anderem auf Maschinen, Chemikalien, Metalle und Stahlprodukte. Exportkontrollen werden verschärft und erstmals aktiviert die EU ihr Instrument gegen Sanktionsumgehung und beschränkt Exporte nach Kirgistan, nachdem Zolldaten Hinweise auf Re Exporte nach Russland zeigten. Einzelheiten erfahren Sie auf der [BAFA-Webseite](#).

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

EU: Wiederaufnahme des Kooperationsabkommens mit Syrien

Die Europäische Kommission hat am 20. April 2026 die vollständige Wiederaufnahme des [Kooperationsabkommens](#) zwischen der EU und Syrien vorgeschlagen. Am 11. Mai 2026 steht ein politischer Dialog zwischen der EU und Syrien an. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und Syrien wurde 2011 teilweise ausgesetzt und bildet seit 1978 den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Syrien. Der Vorschlag muss vom Rat angenommen und anschließend den syrischen Übergangsbehörden vorgelegt werden.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Japan: Vertiefter Dialog mit der EU zur Verteidigungsindustrie

Japan und die Europäische Kommission haben ihren [Dialog](#) zur Verteidigungsindustrie fortgesetzt. Ziel ist es, den Austausch zu industriellen Kapazitäten, Lieferketten und Kooperationsmöglichkeiten zu stärken – mit Relevanz für europäische Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Im Mittelpunkt des Austauschs standen Entwicklungen der Verteidigungsindustrie, resiliente Lieferketten sowie mögliche Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit zwischen europäischen und japanischen Unternehmen. Diskutiert wurden zudem regulatorische Rahmenbedingungen und der Austausch zu Standards und Technologien.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Mercosur: Einfuhr in die EU mit Ursprungszeugnis

Der [Zoll informiert](#), dass die EU-Kommission am 17. April 2026 im Amtsblatt (EU) L/2026/875 eine Bekanntmachung zum Warenverkehr mit den Mercosur-Staaten veröffentlicht hat: In [Anhang 3-D über](#)

[Übergangsmaßnahmen](#) ist festgelegt, dass die EU während eines Zeitraums von höchstens drei Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens als Erklärung zum Ursprung auch ein Ursprungszeugnis (UZ) anerkennt, aus dem hervorgeht, dass die in die EU eingeführten Erzeugnisse die Ursprungsvoraussetzungen des Abkommens erfüllen. Der Zeitraum von drei Jahren kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Ein UZ-Muster wurde in dem oben verlinkten Anhang 3-D veröffentlicht. Da die Formulierung auf dem UZ keine Hinweise auf die ausstellende Behörde gibt, sind potenziell sowohl ausländische Zollbehörden als auch gegebenenfalls ausländische IHKS (oder Verbände) mit der Aufgabe betraut. Das Interimsabkommen mit Mercosur wird ab dem 1. Mai 2026 vorläufig angewendet.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

Norwegen: Pflanzengesundheitszeugnisse bei der Einfuhr

Für Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen mit Ursprung in einem anderen EU-Staat als Deutschland, die aus Deutschland nach Norwegen ausgeführt werden, werden laut der norwegischen Pflanzengesundheitsbehörde ab dem 1. Mai 2026 ein Pflanzengesundheitszeugnis, ausgestellt im Ursprungsland, und eines für die Wiederausfuhr, ausgestellt in Deutschland, benötigt. Ein Pflanzengesundheitsnachweis aus dem Ursprungsland ist also auch dann vorzulegen, wenn der Export nicht direkt aus dem Ursprungsland nach Norwegen erfolgt. Die entsprechenden Anforderungen sind in § 20 der norwegischen Verordnung über Pflanzen und Maßnahmen gegen Schädlinge auf der Webseite des [Julius Kühn-Instituts](#) zu finden.

Quelle: Julius Kühn-Institut (JKI)

PEM-Zone: Aktualisierte Zollinformationen zum Ende des Übergangszeitraums

Mit dem Ende des Übergangszeitraums in der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (PEM) zum 31. Dezember 2025 gelten verschiedene Präferenznachweise – je nachdem, ob das revidierte Regionale Übereinkommen (RÜ) oder das alte RÜ gilt. Am 22. April 2026 hat der Zoll einen [aktualisierten Stand](#) herausgegeben. Unter anderem wurde die „Anerkennung von Präferenznachweisen (PN) ab dem 1. Januar 2026 als Vorpapier zum Nachweis der Ursprungseigenschaft“ und die „Anerkennung von Lieferantenerklärungen (LE) ab dem 1. Januar 2026 als Vorpapier zum Nachweis der Ursprungseigenschaft“ entzerrt. Bei der „Anerkennung von Lieferantenerklärungen ...“ wurden zudem einige Anpassungen vorgenommen.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Tunesien: Zentralbank schränkt Finanzierung bestimmter Importe ein

Die tunesische Zentralbank schränkt die Finanzierung nicht prioritärer Importe ein. Banken dürfen nur noch bei vollständiger Deckung durch Eigenmittel der Importeure finanzieren. Die tunesische Zentralbank hat am 26. März 2026 neue Vorgaben für die Finanzierung nicht prioritärer Importe erlassen. Laut [Rundverfügung](#) dürfen entsprechende Einfuhren nur noch finanziert werden, wenn die Importeure zuvor Einlagen in Höhe des gesamten Importwerts aus eigenen Mitteln leisten. Welche Waren als nicht prioritär gelten, ist im Anhang zum Rundschreiben konkret festgelegt. Dazu zählen unter anderem Elektro- und Haushaltsgeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen, Unterhaltungselektronik, Kosmetik- und Hygieneprodukte sowie

verschiedene Nahrungsmittel und Getränke. Banken müssen vor der Importabwicklung prüfen, ob die Waren unter die genannten Kategorien fallen. Die Regelung gilt unabhängig von der gewählten Zahlungsform, etwa bei Akkreditiven. Ziel der Maßnahme ist es unter anderem, die Devisenreserven des Landes zu schützen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Vietnam: Beitritt zum WTO ITA II-Abkommen

Vietnam hat am 1. April 2026 einen [Antrag](#) auf Beitritt zur Erweiterung des Abkommens über Informationstechnologie (ITA II) von 2015 gestellt. Vietnam ist bereits seit 1996 Mitglied des ITA, mit dem Zölle auf 203 IT-Produkte abgeschafft wurden. Das Land beabsichtigt einen Entwurf für Zollverpflichtungen vorzulegen. Es sollen weitere 201 Produkte im Rahmen des ITA II abgedeckt werden, darunter Touchscreens, GPS-Navigationsgeräte, Videospielkonsolen und medizinische Geräte. Derzeit sind 84 WTO-Mitglieder Unterzeichner des ITA, und 56 sind Teil des ITA II. Das ITA wurde 1996 in Singapur auf der ersten WTO-Ministerkonferenz geschlossen und trat 1997 in Kraft. Es verpflichtet die Teilnehmer, Zölle sowie sonstige Abgaben und Gebühren auf IT-Produkte wie Computer, Telekommunikationsgeräte und Halbleiter abzuschaffen und diese in ihren WTO-Zolltarifen zu binden. Die Zollverpflichtungen gelten auf der Grundlage der Meistbegünstigung (MFN), was bedeutet, dass alle 166 WTO-Mitglieder von einem zollfreien Zugang zu ITA-Produkten auf den teilnehmenden Märkten profitieren. Vietnam trat dem ITA 2007 bei.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Ländernotizen

China: Schlüsselmarkt für die Kunststoff- und Gummimaschinenindustrie

Ungeachtet eines herausfordernden globalen Marktumfelds blieb China im Jahr 2024 der zweitwichtigste Exportmarkt für europäische Kunststoff- und Gummimaschinen. Auch bei einem Rückgang der Exporte nach China um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 2,9 Milliarden Euro spielt der chinesische Markt weiterhin eine zentrale Rolle für europäische Hersteller – sowohl als bedeutender Absatzmarkt als auch als zunehmend starker globaler Wettbewerber. Europäische Anbieter behaupteten ihre solide Position im chinesischen Markt. Deutschland und Italien vereinten 2024 gemeinsam 43 Prozent aller Lieferungen von Kunststoff- und Gummimaschinen nach China auf sich und unterstrichen damit die technologische Bedeutung Europas sowie langjährig gewachsene Kundenbeziehungen in der Region. Lediglich Japan lag in der Marktpositionierung zwischen den beiden Ländern.

Weitere Informationen: [China Schlüsselmarkt für europäische Kunststoff- u. Gummimaschinenindustrie](#)

Quelle: Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)

Indien: Ausbau der Infrastruktur im Golf von Bengalen

Indien betreibt mit dem Ausbau seiner Infrastruktur nicht nur ein Konjunkturprogramm. Das zeigt das "Greater Nicobar Development Project". Hier liegen vor allem strategische Interessen im Vordergrund. Rund 10 Milliarden US-Dollar soll das Projekt kosten. Mit dem Geld möchte die indische Regierung weite Teile der Insel Groß Nikobar umgestalten. Im Februar 2026 nahm das Projekt mit der Freigabe durch das National Green Tribunal die letzte rechtliche Hürde vor der Umsetzung. Die Insel liegt mehr als 1000 Kilometer vom indischen Festland entfernt, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Sumatra. Die Insel ist strategisch bedeutend, weil sie nahe dem nördlichen Ausgang der Straße von Malakka liegt. Schätzungsweise rund 40 Prozent des globalen Handels verlaufen durch die Meerenge.

Weitere Informationen: [Indien baut Infrastruktur im Golf von Bengalen aus](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Frankreich: Bürokratieabbau schreitet voran

Frankreich hat mit dem am 15. April 2026 verabschiedeten „[Loi de simplification de la vie économique](#)“ zentrale Verfahren für Unternehmen vereinfacht. Vorgesehen sind unter anderem eine stärker zentralisierte öffentliche Auftragsvergabe, dauerhaft zulässige Online-Gesellschafterversammlungen, höhere Schwellenwerte im Fusionskontrollrecht, eine stärkere Mediation mit Behörden sowie neue und liquiditätsschonende Regelungen im Gewerbemietrecht. Das Gesetz zielt ab auf weniger Verwaltungsaufwand, schnellere Verfahren und investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen.

Quelle: Ministerium für Wirtschaft (Ministère de l'Économie, des Finances et de la Souveraineté industrielle et numérique)

Niederlande: Folgen des Nahost-Krieges für die Wirtschaft

Die militärische Eskalation im Nahen Osten hat auch für niederländische Unternehmen erhebliche Folgen. Gesperrte Lufträume, unterbrochene Transportwege sowie die große Unsicherheit bremsen das Wirtschaftswachstum – mit spürbaren Unterschieden zwischen Regionen und Branchen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Rabobank. Die niederländische Wirtschaft wuchs 2025 noch um 1,9 Prozent. Für 2026 rechnet die Bank unter Berücksichtigung des Iran-Krieges nun mit einem Wachstum von 1,4 Prozent. Allerdings könnte das Wachstum noch kleiner ausfallen.

Weitere Informationen: [Nahost-Krieg trifft niederländische Wirtschaft](#)

Quelle: Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK)

Ukraine: Deutschland als Schlüsselpartner im Außenhandel

Deutschland bleibt ein wichtiger Handelspartner für die Ukraine. Die Importe aus Deutschland stiegen 2025 um 1,2 Milliarden US-Dollar im Vergleich zu 2024, und erreichten 6,6 Milliarden US-Dollar, während die Exporte auf einem Niveau von 2,4 Milliarden US-Dollar blieben. Wichtige Importgüter aus Deutschland waren Landfahrzeuge, Maschinen und Ausrüstung, elektrische Maschinen und Ausrüstung sowie pharmazeutische Erzeugnisse. Aus der Ukraine nach Deutschland exportiert wurden Ölsaaten, elektrische Maschinen und Ausrüstung sowie Möbel. Deutschland spielt eine zentrale Rolle in Bereichen wie Maschinenbau, Elektronik

und Pharmazie. Das große Potenzial für Exporte, insbesondere im Bereich Wiederaufbau und Energietechnologien, bietet Chancen für eine noch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Quelle: Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine)

Ungarn: Unternehmen hoffen auf Reformen

In Ungarn hat der Sieg der Tisza Partei unter Péter Magyar bei den Parlamentswahlen am 12. April 2026 den Weg freigemacht, die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) neu auszurichten, mit spürbaren Folgen für Handel und Wirtschaft. Für deutsche Unternehmen ist der Politikwechsel besonders relevant. Deutschland ist Ungarns wichtigster Handelspartner, vor allem in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Entspannen sich die Beziehungen zur EU, dürften Investitionen leichter fallen. Auch Lieferketten könnten sich stabilisieren, und mit EU-Mitteln finanzierte Projekte könnten neue Aufträge generieren. Kurzfristig bleibt der Ausblick jedoch verhalten. Haushaltszwänge und verzögerte Auszahlungen dürften den Spielraum der neuen Regierung zunächst begrenzen.

Weitere Informationen: [Machtwechsel in Ungarn: Unternehmen hoffen auf Reformen](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Usbekistan: Milliardeninvestitionen treiben Chemiesektor voran

Usbekistan ist neben Kasachstan der wichtigste Chemiestandort in Zentralasien. Das Land investiert kräftig in die Erneuerung der Basischemie und den Aufbau effizienter Wertschöpfungsketten. Der Industriezweig befindet sich seit dem Start der wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes 2017/2018 in einem tiefgreifenden Wandel. Er soll profitabel und klimaschonend wachsen, sich breiter aufstellen und zur Stärkung der Exportwirtschaft beitragen.

Weitere Informationen: [Milliardeninvestitionen treiben Chemiesektor Usbekistans](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Veröffentlichungen

Impulspapier zur Wirtschaftssicherheit

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen und zunehmender wirtschaftlicher Einflussnahme durch Drittstaaten fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) eine strategische Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftssicherheit. In einem aktuellen [Impulspapier](#) skizziert die DIHK konkrete Maßnahmen für mehr Resilienz – ohne die Offenheit der Märkte zu gefährden.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

DIHK-Sonderauswertung zu Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen

Die deutsche Industrie investiert wegen rekordhoher Kosten in Deutschland zunehmend im Ausland, wodurch Investitionen und Beschäftigung im Inland an Dynamik verlieren. Wie eine aktuelle [Sonderauswertung](#) der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zeigt, erreicht der Kostendruck am Standort Deutschland ein historisches Höchstniveau. Für immer mehr Unternehmen ist die Kostenersparnis inzwischen das wichtigste Motiv für Auslandsengagements – ein klarer Wandel gegenüber früheren Jahren, in denen vor allem die Erschließung neuer Märkte im Fokus stand. Besonders stark belasten hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten, umfangreiche Bürokratie sowie steuerliche Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit. In der Folge verlieren Investitionen im Inland weiter an Dynamik. Viele Unternehmen bewerten ihre aktuellen und künftigen Investitionspläne in Deutschland zurückhaltender, und auch bei den Beschäftigungserwartungen zeigt sich eine zunehmende Skepsis. Gleichzeitig gewinnen Auslandsstandorte an Attraktivität – nicht nur zur Markterschließung, sondern gezielt zur Entlastung von Kostenstrukturen. Die DIHK warnt daher vor einer schleichenden Verlagerung industrieller Wertschöpfung und sieht dringenden Handlungsbedarf bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, um den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

DIHK-Sonderauswertung zum Nahost-Konflikt

Der Konflikt im Nahen Osten wirkt sich spürbar auf deutsche Unternehmen mit Auslandsgeschäft aus, da steigende Kosten, gestörte Lieferketten und wachsende geopolitische Risiken Investitionen bremsen und die globale Konjunktur belasten. Das zeigt eine aktuelle [Sonderauswertung](#) der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK).

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Verschiedenes

EU-Kommission will technologische Innovation im Verteidigungsbereich fördern

Die Europäische Kommission startet mit [AGILE](#) ein neues Förderinstrument zur Beschleunigung technologischer Innovationen im Verteidigungsbereich. Mit einem Budget von 115 Millionen Euro sollen insbesondere Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt werden, disruptive Technologien wie Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie oder Drohnen schneller zur Marktreife zu bringen. Ziel ist es, Entwicklungs- und Förderprozesse deutlich zu verkürzen – Förderentscheidungen sollen bereits innerhalb von vier Monaten erfolgen, während neue Technologien innerhalb von ein bis drei Jahren einsatzbereit sein sollen.

Quelle: Europäische Kommission

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.